AfD-FRAKTION

Rückblick und Bilanz **im Bezirksparlament** **Aktuelles und Zukünftiges**

Marzahn-Hellersdorf

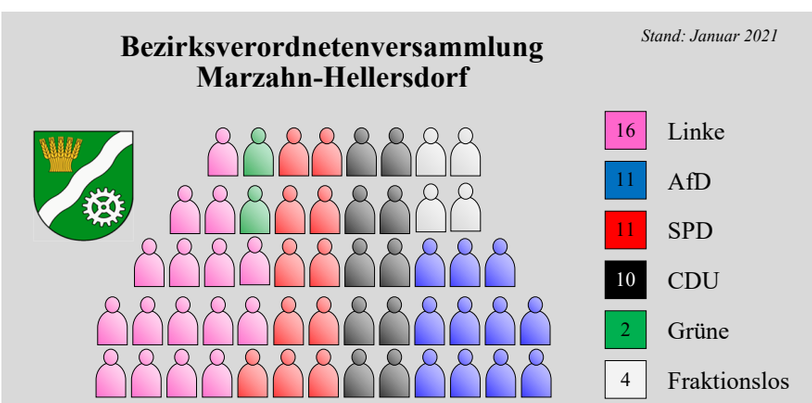
Sehr geehrte Bürger!

Foto: AfD-Fraktion BVV MaHe /TW / 2020

Die Fraktion der Partei Alternative für Deutschland in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Marzahn Hellersdorf wünscht Ihnen **alles Gute** für das Jahr 2021!

Die Ereignisse des letzten Jahres haben viele **Veränderungen** mit sich gebracht, die unser gesellschaftliches Leben beeinträchtigen und auch in Zukunft noch nicht abzusehende **Auswirkungen** haben werden.

Die AfD ist die einzige oppositionelle Kraft hier im Bezirk. Unsere Aufgabe ist es, die Politik der Altparteien kritisch zu bewerten und uns für **Ihre Interessen**, liebe Bürger, einzusetzen. Wir wollen grundsätzlich, dass unsere Werte **Demokratie, Freiheit und Wohlstand erhalten** werden. Dabei gibt es für uns keine Kompromisse.



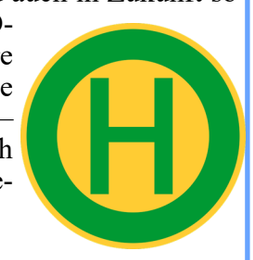
Sämtliche, durch die **Corona-Krise** beschlossenen Einschränkungen müssen - sobald wie möglich - wieder zurück genommen werden, und zwar ausnahmelos. Auch dafür treten wir konsequent ein.

Macht es Sie nicht nachdenklich, dass Politik, Presse und Fernsehen viele Möglichkeiten der AfD blockieren, Sie als Bürger zu informieren?

Das betrifft konkret auch unsere Fraktion (mehr dazu auf Seite 3).
Nehmen Sie sich bitte die **Zeit zum Lesen** dieser Zeitung.

Neue Bushaltestelle bei Arona-Klinik: AfD wirkt!

Die AfD-Fraktion hatte den Antrag auf Schaffung dieser Bushaltestelle in der BVV eingebracht. An diesem Antrag konnten die anderen Fraktionen keinen Grund für das Ablehnen oder Verändern finden. Er wurde deshalb sowohl in den Ausschüssen als auch in der BVV-Sitzung beschlossen.
Inzwischen liegt der Abschlussbericht des Bezirksamtes vor (Drs. 1938/VIII). Erfreulicherweise ist das Bezirksamt der in diesem Antrag enthaltenen Empfehlung gefolgt. Die Zustimmung der BVG liegt vor. Die dafür notwendigen Mittel wurden bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz beantragt und sind bestätigt. Das Bezirksamt kann nun mit der Umsetzung des Beschlusses beginnen.
Dies ist ein Beispiel dafür, dass die AfD sich in der Kommunalpolitik um die Anliegen der Bürger kümmert, also ideologiefrei Sachpolitik macht. So, wie es sein muss!
AfD wirkt! Das wird auch in Zukunft so sein. Die AfD-Fraktion nimmt Ihre Anliegen an die Kommunalpolitik – nicht nur im Bereich Verkehr - gern entgegen.



Wir sind auch 2021 für Sie da!

Zusätzlich: "Queer"-Beauftragte(r)

Gleichberechtigung oder Extrawurst?

Ein(e) „queer“-Beauftragte(r) im Bezirksamt und ein Plan gegen Homo- und Transphobie?

Da die meisten unserer Leser nichts mit dem Begriff „queer“ anzufangen wissen: Mit dem englischen Ausdruck „queer“ werden Menschen bezeichnet, die von der herkömmlichen geschlechtlichen Rolle abweichen. Die gibt es auch in unserem Bezirk. Niemand weiß, wie viele Personen das sind. Und ihr „queer“-Sein ist bis dato auch ihre Privatangelegenheit. So sollte es nach Meinung der AfD-Fraktion auch bleiben.

Nachdem schon im Hauptausschuss über einen Antrag (Drs. 1981/VIII) abgestimmt wurde, eine solche Stelle im Bezirksamt einzurichten und auch mit Haushaltsmitteln auszustatten, haben die GRÜNEN zusätzlich auch noch einen mehrseitigen Antrag zu diesem Thema eingereicht. Sie fordern einen „bezirklichen Plan gegen Homo- und Transphobie für Marzahn-Hellersdorf“ (Drs. 2225/VIII). Vielleicht dämmert ihnen, dass da durch die von ihnen befürwortete Einwanderungspolitik auch für ihre Wähler ein großes Problem entstanden ist. Sie wollen nun mit Hilfe dieses Antrags vorschreiben, mit welchen Vereinigungen oder Gruppen aus ihrem Umfeld das Bezirksamt seine Tätigkeit koordinieren und abstimmen soll. Die GRÜNEN erweisen sich so wieder einmal als eine Partei, die alles durch Vorschriften oder Verbote regeln will. Die anderen Altparteien geben dem dann oft nach.

Die AfD-Fraktion ist hingegen der Meinung, dass sich die Gleichstellungsbeauftragte des Bezirksamts auch um die Belange queerer Menschen kümmern sollte, wenn das erforderlich ist. Ansonsten sind Trans-/Homo- oder „queer“-Personen Bürger wie andere auch. Für ihre eigenen Interessen treten sie selber ein. Und so soll es auch sein. Sie brauchen keine gesonderte Betreuung durch eine extra für sie geschaffene Bürokratie. Und sie wollen, dass ihr Anderssein akzeptiert wird, ohne dass es in das Rampenlicht der Öffentlichkeit gezogen wird.

Als in unserem Bezirk lebende Bürger haben sie – wie alle anderen auch – ein Interesse an einer Bezirksverwaltung, die die anstehenden Aufgaben gut erledigt. Da sowohl Räume als auch Mitarbeiter in vielen Bereichen fehlen, wollen sie - ebenso wie die AfD-Fraktion -, das Sach- und Personalmittel dort eingesetzt werden, wo wichtige Aufgaben bisher schon nicht oder zu spät erledigt werden. Dass es in unserer Gesellschaft Menschen gibt, die versuchen, irgendwie auch ohne nutzbringende Tätigkeit an Gelder aus dem großen Steuertopf zu kommen, ist kein hinreichender Grund für uns, einem solchen Antrag zuzustimmen. Mit dem von Ihnen allen erarbeiteten Geld muss sorgsam und sparsam umgegangen werden. Nichts spricht dagegen, wenn, falls das von Betroffenen wirklich gewünscht wird, sich Menschen ehrenamtlich um diese Belange kümmern.

Sie, verehrte Leser, haben sicher auch eine Meinung zu diesem Thema. Sollen nun sämtliche Gruppen, von denen einzelne diskriminiert sind (oder sich diskriminiert fühlen), eigene Anlaufstellen im Bezirksamt eingerichtet bekommen? Oder sollen sie – wie es die AfD-Fraktion will – ihr Leben in eigener Regie gestalten? Brauchen sie wirklich Hilfe, oder entwickeln sich gerade durch das Überwinden von Schwierigkeiten starke Persönlichkeiten? Nach dem Peters-Prinzip hat jede Bürokratie das Bestreben, mehr und mehr anzuwachsen. Wir freuen uns über Ihre Mails.

Werner Wiemann

Kein "MONSTERBAU"

am Bahnhofskiez in Kaulsdorf

Die Fraktion der Alternative für Deutschland in der BVV Marzahn-Hellersdorf will eine Maximalbebauung der Freifläche am S-Bahnhof Kaulsdorf (ehemaliger Kohlenumschlagsplatz) verhindern. Der Neubau sollte baulich und architektonisch zum Charakter des alten Ortskernes passen. Der Fußgängerübergang zum S-Bahnsteig muss errichtet werden. Leerstehende Gewerberäume brauchen wir nicht - besser: Wohnungen!

In jedem Fall sind Bürger– und Anwohnerinteressen dabei unbedingt zu berücksichtigen!

Wo ist die AfD?

Die Funke Mediengruppe. Sie glaubt von sich, „das beste nationale Medienhaus zu werden.“ Doch so weit darf es nicht kommen, weil sie die Meinungsfreiheit einschränkt, anstatt ihren journalistischen Pflichten nachzukommen. Die **„Berliner Woche“**, die kostenlos jede Woche an alle ca. 130.000 Haushalte in Marzahn-Hellersdorf verteilt wird, ist zum Beispiel eine Zeitung der Funke-Gruppe.

Bis vor ungefähr einem Jahr hat unsere Fraktion der Alternative für Deutschland in der Bezirksverordnetenversammlung von Marzahn-Hellersdorf regelmäßig dort Zeitungsanzeigen geschaltet, um über ihre Arbeit im kommunalen Parlament zu berichten.

Seit Anfang des Jahres 2020 verweigert die Redaktion der Berliner Woche unter Hinweis auf die Funke-Mediengruppe die Annahme von Anzeigen der AfD. Trotz mehrerer mündlicher und schriftlicher Nachfragen – unsere Fraktion erhielt keine Antwort, nur Stillschweigen und Aussitzen.

Hintergrundgrafik: Bildschirmfoto der o. g. Homepage ca. 12 /

Für uns ist das ein unglaublicher Vorfall, ein Schlag ins Gesicht von Demokratie und Meinungsfreiheit.

Auch wenn die Funke-Mediengruppe ein privates Unternehmen ist, und redaktionell frei entscheiden kann, was sie druckt und was nicht, hat sie doch aufgrund ihrer medialen Wirksamkeit auf viele Menschen, eine gesellschaftliche Verantwortung und die Verpflichtung zu journalistischer Neutralität. Doch damit hat sie klar gebrochen. Hier wird auf dummdreiste Weise versucht, unliebsame Meinungen einfach auszublenden, ja totzuschweigen. Meinungen einer Partei, die im Bezirk immerhin knapp ein Viertel der Wählerstimmen hinter sich vereinen konnte. Die AfD ist eine demokratische Partei, die fest auf dem Boden des Grundgesetzes steht und in freier Wahl von den Bürgern gewählt wurde. Gründe für das Abweisen unserer Artikel gibt es nicht, es wurden ja auch keine genannt.

Im Impressum jeder Ausgabe der „Berliner Woche beteuert man: *„Die Berliner Woche ist eine* ***überparteiliche, unabhängige*** *Lokalzeitung. Parteienwerbung in der Berliner Woche dient der politischen Meinungsbildung der Leser. Die Werbung gibt die Position der jeweiligen Partei wieder, nicht die der Redaktion.“* Da darf man lachen! Was für eine Heuchelei.

Impressum

FUNKE Berlin Wochenblatt GmbH
Kurfürstendamm 22, 10719 Berlin
Telefon: (030) 887 277 100
Telefax Anzeigen: 887 277 219
Telefax Redaktion: 887 277 319
www.berliner-woche.de

Die Berliner Woche ist eine überparteiliche, unabhängige Lokalzeitung. Parteienwerbung in der Berliner Woche dient der politischen Meinungsbildung der Leser. Die Werbung gibt die Position der jeweiligen Partei wieder, nicht die der Redaktion.

Die Berliner Woche ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Anzeigenblätter. BVDA

Redaktionsleiter (V.i.S.d.P.): Hendrik Stein
Geschäftsführer: Bodo Krause, Christoph Rüth, Andreas Schoo, Görge Timmer, Michael Wüller
Leiterin Regionalverkauf: Manuela Stephan
Gültige Preisliste Nr. 33b vom 1.7.2020
Druck: Axel Springer SE, Druckhaus Spandau
Verteilung: BLM – Berlin Last Mile GmbH
Trägerauflage wöchentl.: 1.308.520 Exemplare

Aus Gründen der Lesbarkeit wird in der Berliner Woche darauf verzichtet, geschlechtsspezifische Formulierungen zu verwenden. Soweit personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf alle Geschlechter in gleicher Weise.

Für die Herstellung der Berliner Woche wird Recyclingpapier sowie Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft verwendet.

Auflagenkontrolle durch Wirtschaftsprüfer nach den Richtlinien von BDZV und BVDA

Abbildung: Impressum der „Berliner Woche“ 12 / 2020

Und wir müssen den Rahmen noch größer ziehen. In diesem Fall geht es nur um die Funke Mediengruppe. Aber nicht nur in Marzahn-Hellersdorf, sondern in der ganzen Bundesrepublik, nicht nur in Zeitungen, sondern auch im Fernsehen und Radio versucht man die Meinung der Opposition – und das ist die AfD – zu unterdrücken.

Man hört nichts von der AfD-Fraktion? Nun wissen Sie warum. Informieren Sie sich bitte auf unseren Internetseiten, auf Facebook, YouTube und Twitter, solange das noch unzensiert möglich ist.

Konrad Schneider

Filtern Sie Ihren Kaffee,
aber nicht Ihre Informationsquellen!
www.afd-fraktion-mahe.de

Marzahn, mein Marzahn...

Was würden Sie sagen, liebe Leser, wenn ein Ausländer, ein Flüchtling oder ein Wirtschaftsmigrant auf die Frage, wie es ihm in Deutschland gefalle und ob er sich bei uns bereits eingelebt habe, folgendes antwortete:

- ihm gefalle es in Deutschland sehr, er fühle sich hier „wie zu Hause“ und plane deshalb in Deutschland für immer zu bleiben;
- die Sprache des Landes beherrsche er zwar nicht, aber das sei auch nicht nötig, denn dort wo er wohne, komme er mit seiner Muttersprache bestens zurecht;
- sich an die deutschen Sitten und Bräuche anzupassen habe er nicht vor, denn er will seine mitgebrachte Identität unbedingt bewahren;
- aus diesem Grund lasse er auch seine Kinder in der Moscheeschule unterrichten, damit seine Mädchen nicht durch die deutschen Lehrer von der eigenen Familie entfremdet würden.

„Sachte, sachte“, höre ich Ihren Einwand, „das ist wohl entschieden zu dick aufgetragen, wo haben Sie solche Antworten vernommen?“

Darüber, antworte ich, hat neulich die FAZ, die als bestinformierte Zeitung des Landes gilt, berichtet. Es ging dabei um die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage unter den in Deutschland, Frankreich, Österreich und den Niederlanden lebenden türkischstämmigen Bürgern. Durchgeführt wurde sie von der amerikanischen Denkfabrik *Center for American Progress*. Die Ergebnisse lassen sich auf folgende Kurzformel reduzieren: Die türkischstämmigen Einwanderer haben es geschafft, sich in Europa so einzurichten, als hätten sie die Türkei gar nicht verlassen. Mit anderen Worten, sie haben gelernt, alle Vorteile des europäischen Lebens zu nutzen, ohne bei ihrer türkischen Identität Abstriche machen zu müssen.

54,8 % aller in Deutschland lebenden Türken besitzen der Umfrage zufolge die türkische Staatsbürgerschaft. Weitere 9 % besitzen beide Pässe. Alle übrigen verfügen zwar über die deutsche Staatsbürgerschaft, sehen sich aber nur als Türken. Auf die Frage, wie wichtig ihnen ihre türkische Identität sei, ergibt sich bei den Respondenten auf einer Skala von 0 bis 10 ein durchschnittlicher Wert von 8,7. Aus den Antworten auf die Frage, wie hoch sie auf derselben Skala den Wert der deutschen Identität einschätzten, ergab sich bei den „deutschen“ Türken ein Wert von 5,3.

Diese Entwicklung hinterläßt Spuren auch bei uns in Marzahn-Hellersdorf. Zum Beispiel die Situation in unseren Schulen. Über die Mißstände dort sprechen heute nur jene nicht, die keine Kinder oder den Kanal voll haben. 10400 Euro gibt Berlin jährlich für jeden Schüler aus, also mehr als die meisten anderen Bundesländer, und belegt trotzdem bei allen Bildungsvergleichen zusammen mit Bremen einen der letzten Plätze. Vergleicht man die Leistungen der Schüler unter den 12 Berliner Bezirken, bildet Marzahn-Hellersdorf permanent das berühmt-berüchtigte Schlußlicht:

- in keinem anderen Bezirk außer Neukölln verlassen so viele Schüler die Schule ohne Abschluß, wie in Marzahn-Hellersdorf;
- in keinem anderen Bezirk erreichen so wenige die Fachhoch- bzw. Hochschulreife;
- in keinem anderen Bezirk außer Spandau ist der Anteil von Fachhoch- bzw. Hochschulabsolventen so gering wie in Marzahn-Hellersdorf.

Dem entspricht auch das durchschnittliche monatliche Haushaltseinkommen; in keinem anderen Bezirk ist dieses so klein wie in Marzahn-Hellersdorf. Folgendes fällt dabei auf: Besonders schlecht schneiden die Schüler in den Fächern Deutsch und Mathematik ab. Spricht man darüber mit den Lehrern, machen sie dafür häufig die Präsenz von Kindern aus Flüchtlingsfamilien verantwortlich. Eine Grundschullehrerin erzählte mir: „Die Schuldirektorin brachte ein afghanische Mädchen in meine Klasse. Sie sprach kein Wort Deutsch. Jedes Mal stehe ich beim Betreten der Klasse vor der Frage: Mit wem soll ich mich heute beschäftigen – mit dem afghanischen Mädchen oder mit den deutschen Kindern? Daß die Unterrichtsqualität darunter leidet, versteht sich von selbst oder?"

Auch die Prognose verspricht nichts Gutes. Die Bevölkerung des Bezirks wächst und zwar, wie es im amtlichen Demographiebericht für 2019 heißt, vor allem durch den Zuzug von kinderreichen Flüchtlingsfamilien. Die ursprüngliche Zuwanderung hat den Familiennachzug zur Folge. Das Verhältnis zwischen den Einheimischen und den Migranten ändert sich ständig zugunsten letzterer.

Auch was ich sonst von der erwähnten Grundschullehrerin zu hören bekam, war schlichtweg schwer zu ertragen. Ich erfuhr von muslimischen Mädchen, die sich weigern, am Sportunterricht, dem Besuch historischer Stätten oder an den Klassenfahrten teilzunehmen. Von aggressiv auftretenden Jungen, die die Rolle der „Kleidungspolizei“ spielen, von Schülerinnen, deren Verhalten sich schlagartig änderte, sobald sie anfingen, Kopftuch zu tragen. Ich erfuhr, daß muslimischen Mädchen, die sich weigern, ein Kopftuch zu tragen, von den Jungs eine Gruppenvergewaltigung angedroht wird. Und was mich regelrecht geschockt hat, war ihre Beobachtung, daß während einer Demonstration Vertreter der Linken Plakate trugen, die zum „Schutz des Islam“ aufforderten.

. So oft die betroffenen Lehrerinnen ihre Schuldirektionen um Hilfe bitten, werden sie mit dem Argument abgewiesen, man sollte solche Fälle nicht nach außen tragen, dadurch würde alles nur noch schlimmer.

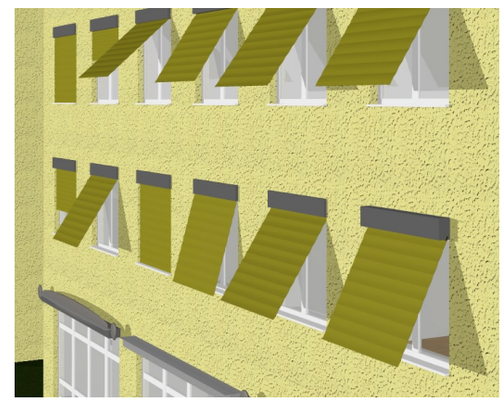
(Fortsetzung auf Seite 5)

Mit diesem Argument rechtfertigen die Behörden auch ihre Wattebäuschchen-Politik gegenüber der Drogenmafia im Görlitzer Park oder die Clan-Kriminalität, die in Berlin so mächtig geworden ist, daß sie sich nicht mehr versteckt und ihre Fühler inzwischen von Neukölln und Kreuzberg auch in östlicher Richtung ausstreckt. Von dort werden die arabischstämmigen Clans von den Tschetschenen herausgefordert. Der Bandenkrieg nimmt immer blutigere Formen an.
Die Hütte brennt, und das nach Meinung unserer Fraktion zunehmend auch in unserem Bezirk. Die Anhänger der Willkommenskultur zucken die Achseln: alles das gehöre halt zur "multikulturellen Stadt". Grund genug fröhlich in die Zukunft zu sehen. Oder ?

Ihr Sergej Henke

Ein AfD-Antrag wird in der BVV angenommen, aber durch das Bezirksamt nicht befolgt (Drs. 1605/VIII)

In der Abschlussinformation des Bezirksamts zu dem von uns, der AfD-Fraktion, eingebrachten Antrag für Sonnenschutz in überhitzten Diensträumen (Drs. 1605) teilen uns die Bezirksbürgermeisterin, Frau Pohle, und die Stadträtin Frau Witt mit, dass dem Ersuchen der BVV nicht gefolgt werden kann.
Sie berufen sich auf Bestandsschutz, da die Gebäude zum Zeitpunkt ihrer Errichtung bzw. bei erfolgten Modernisierungen den Anforderungen genügt hätten. Auch immer mehr Ventilatoren würden angeschafft (die aber ja auch nur die überhitzte Luft verwirbeln). Ansonsten müssten Maßnahmen wie Lüften über Nacht, Flexibilisierung der Arbeitszeit und Einzelfalllösungen genügen.
Da drängt sich doch die Frage auf, ob unsere Bürgermeisterin und die Stadträtin Angestellte des Bezirksamts für Menschen zweiter Klasse halten, deren Tätigkeit im Vergleich zu ihren Kollegen in der Innenverwaltung des Senats als weniger wertvoll eingeschätzt werden kann.
Deren Räume, in denen an sonnenreichen Tagen ebenfalls unzumutbare Temperaturen das Arbeiten erschwerten, erhielten nämlich außenliegende Thermorollos. Und genau das wurde in unserem Antrag gefordert.
Auch in Marzahn-Hellersdorf sollte sich inzwischen die Erkenntnis durchgesetzt haben, dass das Leisten guter Arbeit eben auch gute Arbeitsbedingungen erfordert. Zumal die Bezirksverwaltung nicht unter einem übermäßigen Bewerberandrang leidet, sondern zu viele unbesetzte Stellen hat. Auch um dafür geeignete Mitarbeiter zu bekommen, muss auf die in der Antwort des Bezirksamtes dargelegte Verfahrensweise des Improvisierens verzichtet werden. Dass ausgerechnet linke Kommunalpolitiker legitime Bedürfnisse der Mitarbeiter missachten, ist bemerkenswert. Das könnte Einfluss auf den Krankenstand und sollte Einfluss auf die nächste Wahl haben.
Dass die Ausstattung der Diensträume wegen früheren Einhaltens gesetzlicher Bestimmungen Bestandsschutz genießen



soll, kann so doch nicht sein. Schließlich haben selbst Radwege, die nach bei ihrer Herstellung geltenden Bestimmungen gebaut wurden, wegen fehlender Zentimeter keinen Bestandsschutz.
Wenn Sie, verehrte Leser, auch ein Problem haben, um das sich die AfD-Fraktion in der BVV kümmern soll, können Sie gerne mit uns Kontakt aufnehmen. Wir freuen uns auf Ihre E-Mail oder Ihren Besuch.

Werner Wiemann

Ein neuer Name soll für den Schwerbehinderten-Ausweis eingeführt werden

Der Antrag, einen neuen Namen für den Schwerbehinderten-Ausweis einzuführen (Drs. 1886/VIII), zeigt ein für Linke typisch nominalistisches Anliegen. Ihm liegt die Ansicht zugrunde, dass ein neuer Name den dadurch bezeichneten Gegenstand verändert. Wohl deshalb firmiert die Linke nun schon unter ihrem vierten Namen.
Wir als AfD-Fraktion halten dieses Denkmuster für irrig. Und wir halten es für grundsätzlich falsch, die seit Jahrzehnten eingeführte Bezeichnung eines Dokuments zu ändern, die den Inhalt, den Sinn und Zweck dieses Ausweises so treffend wiedergibt. Der Behinderten-Ausweis bescheinigt dem Inhaber, dass er mit schweren gesundheitlichen Beeinträchtigungen leben muss. Daraus sich ergebende Nachteile, z.B. bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, sollen

(Fortsetzung auf Seite 8)

Unsere Fraktionsarbeit:

Hier ist ein Auszug der Anfragen und Anträge unserer Fraktion seit dem Einzug in die Bezirksverordnetenversammlung 2016. Die Altparteien fürchten eine unabhängige starke Opposition, wie die AfD. Deshalb werden die meisten unserer Anträge kategorisch geschlossen von CDU - bis Linksfraktion abgewiesen. Oftmals wird dann aber unser Antrag kurze Zeit später von den anderen Parteien mit kleinen textlichen Änderungen selber eingebracht. So ist das, und Sie liebe Bürger, sollen das auch wissen.

1	2324/VIII Anfrage zu den Bauplanungen auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Kaulsdorf ...	08.12.2020
2	2322/VIII Erziehungsrecht der Eltern gewährleisten, unbeschwerte, ideologiefreie Erziehung von Kleinkindern ...	08.12.2020
3	2292/VIII Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen der Maßnahmen zur Eindämmung der Sars-CoV-2-Pandemie	10.11.2020
4	2220/VIII Verlängerung Fuß- und Radweg Theodorpark	28.09.2020
5	2170/VIII Kinderplansche	08.09.2020
6	2110/VIII Ortsumfahrung Ahrensfelde bürgerfreundlich gestalten	10.08.2020
7	2109/VIII Weiblicher Genitalverstümmelung (FGM) und ihren Folgen entgegenwirken	10.08.2020
8	2108/VIII Genderfreies Verfassen amtlicher Texte	10.08.2020
9	2034/VIII Corona-Krise: Zum Förder- und Hilfebedarf im Bezirk und Unterstützungsmöglichkeiten durch das Bez.-amt	19.05.2020
10	1938/VIII Zu: Schaffung einer Bushaltestelle im Blumberger Damm in Höhe der Arona-Klinik für Altersmedizin	17.02.2020
11	1822/VIII Wandern macht Freude – Wanderwege im Bezirk instand setzen	02.12.2019
12	1771/VIII Förderung von Bildung zum Umweltschutz	11.11.2019
13	1718/VIII Große Anfrage zum Thema: Schwarzschimmelbefall im Gesundheitsamt	15.10.2019
14	1714/VIII Zum „Klimastreik“ am 20. September: Wie beurteilt das Bezirksamt das Handeln der Schulen?	15.10.2019
15	1701/VIII Fahrradverkehr: Erst Verkehrszählung - dann Verkehrsplanung	15.10.2019
16	1605/VIII Sonnenschutz in überhitzten Diensträumen	13.08.2019
17	1462/VIII Arbeitsschutz für die Mitarbeiter des Ordnungsamtes verbessern	13.05.2019
18	1461/VIII Mehr Bürgerinformationen über die BVV	13.05.2019
19	1290/VIII Große Anfrage zur Situation an den Schulen im Bezirk	11.02.2019
20	1149/VIII Korrekte Termini statt Umgangssprache in der Verwaltung	06.11.2018
21	1079/VIII Versorgung der Ulmen-Grundschule mit warmem Essen unverzüglich sicherstellen!	25.09.2018
22	1045/VIII Zur Informationspolitik des Bezirksamtes über die Planung weiterer modularer Unterkünfte (MUF) im Bezirk	17.09.2018
23	1041/VIII Mehr Freude am Autofahren	17.09.2018
24	1037/VIII Zur Freihaltung von Schulplätzen für Asylantenkinder	17.09.2018
25	1005/VIII Planungen zur Sanierung der Lemkestraße – Bürgerinitiative einbeziehen	14.08.2018
26	1001/VIII Zum Bauvorhaben Marchwitzastr. 29-31 und den Auswirkungen auf die Anwohner	14.08.2018
27	0931/VIII Große Anfrage zur Wohnungssituation im Bezirk	14.06.2018
28	0883/VIII Erst das Asylrecht durchsetzen, dann weitere modulare Unterkünfte für Migranten (MUF´s) im Bezirk err.	22.05.2018
29	0842/VIII Konflikte lösen zwischen Jugendlichen und Betreibern von gastronomischen Einrichtungen im Eastgate	17.04.2018
30	0700/VIII Öffnung des Kornmandelweges für den motorisierten Individualverkehr	13.02.2018
31	0647/VIII Planungen zur TVO unverzüglich weiterführen	15.01.2018
32	0644/VIII Große Anfrage zur Verdichtung der Wohnbebauung im Bezirk	15.01.2018
33	0642/VIII Beschränkung des Schwerlastverkehrs in der Hönower Straße	15.01.2018
34	0641/VIII Schaffung von Radwegen entlang der B1 in Mahlsdorf nach Hoppegarten	15.01.2018
35	0640/VIII Schaffung sicherer Schulwege über die Hönower Straße in Mahlsdorf	15.01.2018
36	0549/VIII Zur Unterbringung von Asylsuchenden im Bezirk	14.11.2017
37	0481/VIII Poem an der Fassade der Alice-Salomon-Hochschule erhalten	21.09.2017
38	0369/VIII Frühzeitige Erkennung von Entwicklungsstörungen und Behinderungen bei Kindern in Marzahn-Hellersdorf	13.06.2017
39	0335/VIII Firmentickets fördern – für Arbeitnehmer, Unternehmen und Umwelt	22.05.2017
40	0273/VIII Zur Situation unbegleiteter minderjähriger Ausländer (umA) im Bezirk Marzahn-Hellersdorf	18.04.2017
41	0271/VIII Große Anfrage zur Situation bei der Hilfe für Obdachlose aus EU-Ländern	18.04.2017
42	0199/VIII Große Anfrage zur Situation öffentlicher Spielplätze im Bezirk Marzahn-Hellersdorf	14.03.2017
43	0088/VIII Zur Honorierung der Lehrkräfte an der VHS	17.01.2017
44	0083/VIII Zu: Wie geht es weiter mit dem Freibad oder Multifunktionsbad (Kombibad) im Bezirk?	16.01.2017
45	0009/VIII Bildung eines Ausschusses für Bürgerangelegenheiten, Sicherheit und Ordnung	26.10.2016

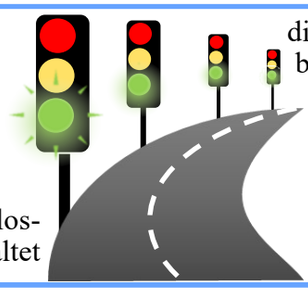
siehe nächste Seite
Mehr dazu Seite 1
mehr dazu Seite 5
siehe nächste Seite
siehe nächste Seite
siehe nächste Seite
siehe nächste Seite

Alle Drucksachen unserer Fraktion und die der anderen Fraktionen finden Sie zum selbst nachlesen im Internet unter:
https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/vo040.asp
oder einfach über einen Link von unserer Homepage: **www.afd-fraktion-mahe.de**

Ortsumfahrung Ahrensfelde

Die AfD-Fraktion hat diesen Antrag (Drs. 2110/VIII) in die BVV eingebracht, um dem Willen vieler Bürger aus dem Norden Marzahns und aus Ahrensfelde eine Stimme zu geben. Unsere Fraktion hat so die Folgerung daraus gezogen, dass die beschlossene Streckenführung für die Ortsumfahrung Ahrensfelde mit der sogenannten Troglösung von der übergroßen Mehrheit der Bürger abgelehnt wird.
Das wissen auch die Vertreter der anderen Parteien. Statt aber klar zu diesem Bürgerwillen zu stehen, versprechen sie nur die Bildung eines Beirats und täuschen so Bürgerbeteiligung und eine Möglichkeit, die Strecke durch die Wuhletalstraße zu legen, nur vor. Ein Beirat kann nichts ändern. Er kann nur reden, aber nichts entscheiden, das ist doch jedem Bezirksverordneten bekannt. Spätestens seit es im Zusammenhang mit der Verkehrslösung Mahlsdorf in der BVV so ausdrücklich festgestellt wurde.
Bei diesem Reden im Beirat vergeht Zeit. Die Planungen an der falschen Streckenführung und die Kosten laufen weiter. Bis es zu teuer ist, auf die von den Bürgern gewollte Streckenführung umzuschwenken. Und durch die auch für die Streckenführung durch die Wuhletalstraße erforderliche Planungszeit verschieben sich auch Baubeginn und Fertigstellung. Die Zeit drängt also.
Die Altparteien können dem klar geäußerten Bürgerwillen nicht folgen, weil sie durch Bündnisse und Absprachen auf Landesebene anders festgelegt sind. Und weil sie sich auf der Ebene unseres Bezirks nicht trauen, diesem vernünftigen Antrag der ach so bösen AfD zuzustimmen. Wir dagegen hatten nie Probleme damit, einem vernünftigen Antrag der Altparteien zuzustimmen. Sagen Sie uns, verehrte Leser, was Sie von unserer Weise, Politik zu machen, halten. Die AfD-Fraktion freut sich auf Ihre E-Mails und Anrufe.

Grüne Welle auf der B1/B5



Warum immer nur die Autofahrer einschränken? Flüssiger Verkehr ist gut für Wirtschaft und individuelle Mobilität und spart Sprit! Alle Nutzer der B1/B5 zwischen Biesdorf und Hoppegarten kennen das: Ampel wird grün, losfahren, aber ein paar hundert Meter weiter schaltet die nächste Ampel genau vor einem auf rot. Also bremsen. Wieder grün, wieder Gas geben … So geht das die ganze Strecke. Das nervt und schadet der Umwelt. Die AfD-Fraktion forderte das Bezirksamt auf, sich für eine Grüne-Welle bis nach Hoppegarten einzusetzen. Die BVV hat´s unterstützt. Passiert ist bisher nix. Soll wohl gar nicht.

Ein politisch inkorrektes Gedicht an einer Wand wird beseitigt

Ein weithin sichtbares und stadtbildprägendes Gedicht des deutsch-bolivianischen Dichters Eugen Gomringer an einer Wand der Alice-Salomo-Hochschule in Hellersdorf wurde plötzlich als sexistisch und damit politisch inkorrekt empfunden. Von Studentinnen und Studenten ebendieser Hochschule, die gut ein Jahrzehnt früher Gomringers konkrete Poesie mit einem Preis ausgezeichnet hatte und als Dank dieses Gedicht für ihre Hauswand erhielt. Für die AfD hat die im Grundgesetz geschützte Freiheit der Kunst selbstverständlich eine hohe Bedeutung. Deshalb brachte unsere Fraktion einen Antrag für den Verbleib des Gedichts an dieser Stelle in der BVV ein.
Obwohl dieser Antrag abgelehnt wurde, hat das Eintreten vieler für dieses Gedicht und für die Freiheit der Kunst doch dazu geführt, dass dieses Gedicht immerhin auf einer viel kleineren Fläche an dieser Hauswand weiterhin zu sehen ist und inzwischen sogar an einem anderen Gebäude angebracht ist.

Besser ist Hilfe vor Ort als die Alimentierung unbegleiteter „Minderjähriger“ (umA)

Unsere Drucksache 0273/VIII beschäftige sich mit der Situation unbegleiteter (häufig nur scheinbar) „Minderjähriger“ im Bezirk. Diese überwiegend männlichen Jugendlichen werden zumeist von ihren Familien vorgeschickt und verursachen hier monatliche Kosten von 5. 000,- bis 7.000,- € pro Jugendlichem. Ich selbst unterstütze schon seit fast 30 Jahren ein kleines Projekt, welches Straßenkindern in ***Antsirabe***, einer Stadt in Madagaskar, Bildung, gesundheitliche Aufklärung, Wohnung und somit eine bessere Zukunft und eine Perspektive für ein Leben in Madagaskar bietet. Mit 5.000 € monatlich könnten dort weiteren 50 Kindern oder Jugendlichen und ihren Familien geholfen werden. Meine Forderung: Solidarität dort, wo diese effektiv und hilfreich ist und nicht der Förderung von Armutsmigration nach Deutschland und in unsere Sozialsysteme sowie der Unterstützung linker Vereine dient, die von der ungeregelten Migration nach Deutschland gut leben.

Rolf Keßler

5.000,- € im Monat - das ist echt ein Haufen Geld! Man fragt sich, wer das bezahlt und wohin das Geld fließt?

Neugründung eines Ausschusses für Bürgerdienste

Bereits in unserem Wahlprogramm haben wir die Gründung eines Ausschusses gefordert, der sich mit den Problemen der Ordnung und Sicherheit im Bezirk befasst. Dieser Ausschuss besteht nun schon seit Beginn der Wahlperiode und wird von unserer Fraktionskollegin Maria Arlt geleitet. In der letzten Sitzung standen unter Anderem folgende Themen auf der Tagesordnung: Hundeauslaufgebiete und Durchsetzung der Hundeverordnung, Situation beim Winterdienst, Schaffung einer Arbeitsgruppe, die sich mit der Lage am Biesdorfer Baggersee befasst und ein Antrag unserer Fraktion, welcher die Reduzierung des Wildschweinbestandes zum Ziel hat.

(Fortsetzung von Seite 5)

bei Eintragung entsprechender Merkzeichen durch die Gesellschaft berücksichtigt werden. Ich habe inzwischen mit vielen Inhabern dieses Ausweises über eine mögliche Umbenennung gesprochen. Die Reaktion war durch die Bank ablehnend. Der Vorschlag, diesen Ausweis „Teilhabe-Ausweis zu nennen, wurde als ein schlechter Witz aufgefasst. Wenn sich irgendjemand durch die Bezeichnung Schwerbehinderten-Ausweis diskriminiert fühlt, dann muss er selber lernen, dass gesundheitliche Behinderungen, auch schwere, nichts sind, für das man sich schämen muss. Ebenso wie das Umfeld, wenn es diese Erkenntnis nicht schon längst hat.

Zudem signalisiert die Bezeichnung „Schwerbehindertenausweis“ den Teilaspekt, dass seine Träger durch die Gesellschaft in so mancher Hinsicht schwer behindert werden, beispielsweise durch fehlende Bordsteinabsenkungen oder Stufenmarkierungen in ihrer Bewegungsfreiheit. Dass also seitens der Gesellschaft und speziell der Verwaltungsämter Handlungsbedarf besteht. Schon dies wäre ein Grund, die in diesem Antrag angestrebte Namensänderung abzulehnen.

Man kann sich durchaus über eigene Behinderungen und deren Wahrnehmung durch Mitmenschen grämen. Wer aber meint, dass die Bezeichnung in einem amtlichen Dokument an seiner Situation etwas ändert, wird feststellen, dass Menschen mit abträglichen Denkweisen diese mit der jeweiligen Situation behinderter Menschen verbinden, unabhängig von deren Bezeichnung in Dokumenten. Auch bei einer Bezeichnung „Teilhabe-Ausweis“.

Deshalb fordert die AfD-Fraktion, diesen Antrag abzulehnen. Falls Sie, verehrte Leser, dazu noch weitere Argumente haben oder einer anderen Argumentationslinie folgen, freut sich Ihre AfD-Fraktion in der BVV auf Ihre Zuschriften.

Werner Wiemann

Eine Zensur findet nicht statt!

Eine Zensur findet nicht statt!
Eine Zensur findet nicht statt?

Leider sind wir heute bei der öffentlichen Diskussion von bestimmten Fragen, welche die herrschenden Kräfte in unserem Lande in Verlegenheit bringen können, an einem Punkt angekommen, an dem diese Diskussion niedergehalten wird. Bestimmte Fragen gehören sich nicht, sind unangebracht und haben eine entsprechende Reaktion gegenüber dem Fragenden oder zumindest sein Ignorieren zur Folge. Diese Erfahrung machte auch ein Bürger, der mit mir Kontakt aufnahm. Auf der Homepage des Bezirksamtes zum Bürgerhaushalt

www.berlin.de/buergerhaushalt-marzahn-hellersdorf/

wurde der Vorschlag „**Ein Freibad für alle Bürger**“ – Vorschlagnummer 2022-0058 veröffentlicht. Durch den Bürger wurde am 06.10.2020 dazu ein Kommentar geschrieben, aber ohne Begründung nicht veröffentlicht. Daher sah er sich dazu veranlasst, am 09.10.2020 den nachfolgenden Kommentar noch einmal zu verfassen und auf der Homepage einzustellen:

Zitat:

„In Marzahn / Hellersdorf wurden in den letzten fünf Jahren neun Asylanten - / Ausländerheime für ca. 8 Prozent der Bevölkerung gebaut (wenn ich mich nicht verzählt habe). Seit ca. 18 Jahren (Schließung des Wernerbades) haben wir es nicht geschafft, für die restlichen 92 Prozent der Einwohner von Marzahn / Hellersdorf ein Freibad zu bauen.“

Ende des Zitates.

Dieser Kommentar wurde ohne Begründung von einer unbekannten Person von der Homepage des Bezirksamtes entfernt. Offenbar erschien also im Bezirksamt einem Mitarbeiter die Herstellung einer Verbindung zwischen dem kostenintensiven Bau von Unterkünften und der langjährigen Nichterrichtung eines Frei- oder Kombibades im Bezirk so suspekt, dass er (sie?) mehrfach zur Löschtaste griff und sich als Herr (Frau) über die Zulassung kritischer Meinungen aufspielte und gleichzeitig die Werte unserer Gesellschaft mit den Füßen trat. Einer Gesellschaft, welche sich durch den freien, ungehinderten Austausch von Meinungen und Argumenten auszeichnen sollte. Warum ist die Meinung des Kommentators so unbequem für das Bezirksamt, dass es zu dem hilflosen Mittel der Meinungsunterdrückung auf einer Homepageseite, die grade diesem Austausch zu den verschiedenen Vorschlägen des Bürgerhaushaltes dienen sollte, greift? Die sich aus diesem Verhalten für uns ergebenden Fragen wurden als „kleine Anfrage“ (Drs. 705/VIII) am 26.10.2020 beim Bezirksamt eingereicht. Die Antwort kam verspätet und wir scheinen die Verantwortlichen in Verlegenheit gebracht zu haben. In der Antwort wird die Löschung damit begründet, dass der Kommentator durch seine ironische und/oder sarkastische Bemerkung gegen die Nutzungsbedingungen der Homepage verstoßen hat. Demnach ist es nach Auffassung des Bezirksamtes grundsätzlich unzulässig, zwischen der gelungenen schnellen und kostenintensiven Errichtung von Unterkünften für Migranten und dem Unvermögen der politischen Führung des Landes Berlin, über Jahrzehnte hinweg für die Bürger des Bezirkes Marzahn-Hellersdorf eine legale Freibademöglichkeit zu schaffen, einen Widerspruch zu sehen und auf diesen Widerspruch hinzuweisen? Liegt nicht vielmehr die Ironie im Handeln der Verantwortlichen, die innerhalb kurzer Zeit Unterkünfte für dreistellige Millionenbeträge aus dem Boden stampfen, aber in zwei Jahrzehnten keine legale Bademöglichkeit für die Einwohner des Bezirkes schaffen können? Sollen kritische Meinungsäußerungen jetzt grundsätzlich bekämpft werden?

Welche Erfahrungen haben Sie mit diesem Thema gemacht? Wie bewerten Sie das Verhalten des Bezirksamtes? Bitte schreiben Sie uns Ihre Meinung!

Rolf Keßler

Impressum:

AfD
Alternative für Deutschland
Fraktion in der
Bezirksverordnetenversammlung
von Marzahn-Hellersdorf
Helene-Weigel-Platz 8
12681 Berlin
www.afd-fraktion-mahe.de
email@afd-fraktion-mahe.de
030 90293 5832
V.i.S.d.P.: Werner Wiemann
Quellennachweis: pixabay, eigene